

Gemeindebehörden als Initianten und Partner

Liebe Leserinnen und Leser

Wohin mit der ungeliebten Vase? Was tun mit dem ausgedienten Geschirr? Seit Jahren versperren sie den Schrank, aber einfach wegwerfen mag man die Sachen nicht. Vielleicht könnte sie ja noch jemand anderes brauchen?

Immer mehr Gemeinden richten an ihren Abfallsammelstellen so genannte Stöberecken ein, an denen nicht mehr benötigte, aber noch brauchbare Gegenstände die Chance auf ein zweites Leben erhalten, an einem Ort, an dem sie vielleicht wieder geschätzt werden. Der Beitrag auf Seite 19 stellt vor, welche Erfahrungen in Uster, Hinwil und Wetzikon mit Stöberecken gemacht werden, was zu beachten ist und welche Möglichkeiten zur Wieder- und Weiterverwendung es sonst noch gibt.


Auch bei der Kontrolle von kommunalen Baustellen ist das Engagement der zuständigen Gemeindebehörden gefragt. Sie stellen sicher, dass ein Bauwerk baupolizeilich wie umweltrechtlich korrekt erstellt wird. Der Beitrag auf Seite 29 zeigt aus Sicht einer Bausekretärin, was in eine Baugenehmigung gehört, was von wem und wann kontrolliert werden muss und wo in den einzelnen Umweltbereichen mögliche Knackpunkte liegen. Fazit: Ohne Kontrolle vor Ort geht es nicht. Damit die Kontrollen jedoch nicht als Schikane empfunden werden, benötigt es von beiden Seiten die Bereitschaft zur Kooperation.

Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit ist auch gefragt, wenn ein Landwirtschaftsbetrieb die Viehwirtschaft aufgibt oder so weit reduziert, dass er sich neu an die Kanalisation anschliessen oder eine Kleinkläranlage erstellen muss. Der Beitrag auf Seite 23 erläutert, was für Möglichkeiten eine Gemeinde hat, ihren Bauernbetrieben da unter die Arme zu greifen, um auch zukunftssträchtige Lösungen zu ermöglichen.

Die Suche nach einem neuen Standbein kann für den Bauern zum Beispiel auch bedeuten, sich in Richtung Landschaftspflege als neuem Betriebszweig zu orientieren. Ein Pilotprojekt in Fischenthal hat hier Vorarbeit geleistet und wichtige Erkenntnisse gebracht (Beitrag Seite 11).

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich in dieser Ausgabe spannende Anregungen und nützliche Tipps, auf das Jahresende hin wünsche ich Ihnen aber insbesondere eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start für 2008.

Herzliche Grüsse



Isabel Flynn
Redaktorin Zürcher UmweltPraxis

Inhaltliche Verantwortung:

Isabel Flynn

**Redaktorin «Zürcher UmweltPraxis»
Koordinationsstelle für Umweltschutz
Generalsekretariat Baudirektion**

Postfach, 8090 Zürich

Telefon 043 259 24 18

isabel.flynn@bd.zh.ch

www.umweltschutz.zh.ch

Editorial



Das Gebiet Mettmenriet in Bülach darf nicht erschlossen und überbaut werden

In Bülach Ost kann eine geplante Grossüberbauung nicht gebaut werden, da auf dem gesamten Areal die Fluglärm-Immissionen die Planungswerte übersteigen. Zu diesem Schluss kommt die Baudirektion Kanton Zürich in einem Schreiben an die Stadt Bülach. Begründet wird dieser Entscheid mit dem Umstand, dass der Planungswert auf dem gesamten Gebiet aufgrund der Fluglärmbelastung nicht eingehalten wird, was gemäss Lärmschutzverordnung des Bundes die Erschliessung von Bauzonen für lärmempfindliche Nutzungen wie Wohngebäude ausschliesst. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Erschliessung – wie es im vorliegenden Fall geplant war – mittels privater Vereinbarungen oder durch einen amtlichen Quartierplan geregelt werden soll. Der Entscheid wird weiter damit begründet, dass beim Fluglärm die Lärmeinwirkungen auf ein Wohngebiet weder mit planerischen, baulichen oder gestalterischen Massnahmen vermieden werden können.

*Amt für Raumordnung und Vermessung,
Baudirektion Kanton Zürich*

Gericht entscheidet zugunsten Tram Zürich-West

Das Bundesverwaltungsgericht hat den Einsprachen gegen das Projekt Tram Zürich-West die aufschiebende Wirkung teilweise entzogen. Da das kantonale Stimmvolk am 25. November dem Kreditanteil von 90 Millionen Franken zugestimmt hat, wird ein Baubeginn im Sommer 2008 nun möglich sein. Das Projekt ist eine Chance für Kanton und Stadt, ein wachsendes Quartier vorausschauend, nachhaltig und leistungsfähig zu erschliessen und den öffentlichen Verkehr weiter zu stärken.

*www.zuerich-west.ch,
www.sk.zh.ch/internet/sk/de/mm.html*

Sinnvolle Zuweisung der Aufgaben im Bereich Verkehr

Die Aufgabenverteilung zwischen Volkswirtschaftsdirektion und Baudirektion im Bereich Verkehr wird angepasst. Dies beschloss der Regierungsrat auf Antrag der beiden Direktionen. Die Volkswirtschaftsdirektion amtiert als Bauherrin mit strategischer Gesamtverkehrsverantwortung, die Baudirektion hat die operative Kompetenz von der Projektierung bis zur Ausführung inne. In der Volkswirtschaftsdirektion werden die Einheit «Verkehr und Infrastruktur Strasse» und das Amt für Verkehr zusammengeführt.

www.sk.zh.ch/internet/sk/de/mm.html

Neue Leiter der Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) sowie «Bauen ausserhalb Bauzonen» (BaB)

Ende Februar 2008 wird der heutige Leiter der Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU), Dr. Heinz Trachsler, in den Ruhestand treten. Dank seinem unermüdlischen Einsatz für den Umweltschutz und seinem grossen Wissen hat er die KofU in den vergangenen 20 Jahren entscheidend geprägt. Die Nachfolge übernimmt Pirmin Knecht, der bereits bisher unter anderem

für Umweltverträglichkeitsprüfungen und für die Initiierung und erfolgreiche Erstellung des ersten Nachhaltigkeitsberichts des Kantons Zürich verantwortlich war. Gleichzeitig wurde Albert Kuhn zum neuen Leiter der Sektion «Bauen ausserhalb Bauzone» ernannt.

*www.umweltschutz.zh.ch;
www.baugesuche.zh.ch*

Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2008 bis 2010

Der Regierungsrat hat den Bericht über das Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2008 bis 2010 zu Händen des Kantonsrates verabschiedet. Das Bauprogramm steht im Einklang mit dem Gesamtverkehrskonzept, welches der Regierungsrat im vergangenen Jahr beschlossen hat.

www.vd.zh.ch

Mit Innovation und Integration zu nachhaltigen Lösungen

Der Regierungsrat will mit effizienten, innovativen und finanzierbaren Lösungen die Zukunftsfähigkeit des Kantons Zürich sichern. Die Leitlinien und Ziele des Regierungsrates für 2007 bis 2011 orientieren sich am Gedanken der Innovationsförderung und der Nachhaltigkeit. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts stehen im Vordergrund der politischen Arbeit dieser Legislatur.

Die Legislaturziele 2007 bis 2011 sind im Internet unter www.rr.zh.ch, Link «Legislaturziele», aufgeschaltet.

Kampf dem Klimawandel: Jedes Jahr 1,5 Prozent weniger Treibhausgase

Der Klimawandel hat spürbare Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Dies belegen neue Studien des Bundes, in denen die finanziellen Folgen verschiedener Szenarien berechnet wurden. Bundesrat Moritz Leuenberger will deshalb die Klimapolitik weiterentwickeln und ab 2012 den Ausstoss klimawirksamer Gase jährlich um 1,5 Prozent senken. Er schlägt dazu eine Lenkungsabgabe mit Teilzweckbindung vor.

www.bafu.admin.ch, UVEK-Klimabericht

CO₂-Abgabe: Bundesrat schliesst sich Parlamentsentscheid an

Falls die CO₂-Emissionen nicht in genügendem Umfang sinken, kann die CO₂-Abgabe ab Januar 2008 in drei Stufen eingeführt werden. Der Bundesrat hat sich diesem Entscheid des Parlaments angeschlossen. Die CO₂-Verordnung wurde entsprechend geändert und ist am 1. Juli 2007 in Kraft getreten.

www.bafu.admin.ch, Bundesamt für Umwelt BAFU

UVP-Pflicht bei Änderung bestehender UVP-pflichtiger Anlagen. Rechtsgutachten

Die Festlegung der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei Änderungen von bestehenden UVP-pflichtigen Anlagen bereitet in der Praxis immer wieder

Schwierigkeiten. Ein neues Rechtsgutachten schlägt eine Vereinheitlichung der Praxis vor.

www.umwelt-schweiz.ch/uw-0737-d

Klimarappen läuft weiter

Der Klimarappen wird weitergeführt. Das UVEK lässt die erste Frist zur Kündigung des Vertrags ungenutzt verstreichen. Dabei stützt es sich auf die Gesamtbeurteilung des Businessplans der Klimarappenstiftung, wonach diese die vereinbarten CO₂-Reduktionsziele sowohl im Inland als auch im Ausland bis 2012 erreichen kann. Es ist sogar davon auszugehen, dass die Stiftung Klimarappen (SKR) die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausschöpfen muss, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Das UVEK und die SKR sind deshalb grundsätzlich übereingekommen, diese überschüssigen Mittel für einen zusätzlichen Beitrag zur Schliessung der schweizerischen Ziellücke einzusetzen.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Mehr Bundesmittel für Gefahrenprävention

Der Bundesrat will den Schutz vor Naturgefahren stärken und dafür in den kommenden Jahren mehr Mittel zur Verfügung stellen. Mit jedem Franken, der in die Naturgefahrenvorsorge investiert wird, lassen sich siebenmal höhere Schäden vermeiden. Zur Entlastung des ordentlichen Bundeshaushalts soll zudem eine alternative Finanzierung geprüft werden.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

REACH: Auswirkungen des neuen EU-Chemikalienrechts auf die Schweiz

Seit dem 1. Juni 2007 ist die neue europäische Chemikalienverordnung Reach (Registrierung, Evaluierung, Autorisierung und Beschränkung von Chemikalien) in Kraft. Hersteller und Importeure müssen Chemikalien, die sie in Mengen ab 1 Tonne pro Jahr herstellen oder importieren, bezüglich der Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt testen und bei der neuen EU-Chemikalienagentur in Helsinki registrieren. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesamts für Umwelt BAFU zeigt die Auswirkungen von REACH in der Schweiz auf Wirtschaft, Gesundheit und Umwelt.

*www.reach-info.de
www.bag.admin.ch/chemikalien/
www.umwelt-schweiz.ch*

Kommunale Infrastruktur

Mit ihrem neuen Namen «Kommunale Infrastruktur – Infrastructures communales – Infrastrutture comunali» macht die bisherige Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt FES des Städteverbandes deutlich, dass sich das Tätigkeitsgebiet ausgeweitet hat und zukünftig weiter ausweiten kann. Neben den bisherigen Sparten Abfallwirtschaft, Strassen, Abwasser sowie Umwelt und Energie wird eine neue Fachgruppe Immobilienmanagement aufgebaut.

www.staedteverband.ch, puscha